



# **Niederschrift**

**über die Sitzung  
des Schulträgersausschusses  
am 09.09.2015**

## Anwesend

### **- Vorsitz**

Merkator, Kurt

### **- Mitglieder**

Baglan, Baris  
Blume, Caroline Stellvertretung für Herrn Viering  
Gill-Gers, Alexandra  
Heinisch, MdL, Gunther  
Jaensch, Ruth  
Klomann, MdL, Johannes  
Moseler, Christa  
Müller, Justin  
Neger, Thomas  
Reinbold, Markus Dr.  
Schmitt, Uta  
Solbach, Norbert  
Walter, Johannes  
Willius-Senzer, Cornelia  
Zimmer, Christine

### **- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)**

Buschbaum, Oliver

### **- Stimmberechtigte Mitglieder der Institutionen**

Beaury, Daniela  
Daum, Malte  
Drebes, Armin  
Früholz, Ralf  
Heck, Klaus  
Julius, Ludwig  
Mößmer, Armin  
Reuther, Gerhard  
Walger, Harro Dr.  
Wollowski, Roland  
Harrlandt, Thomas Stellvertretung für Herrn Frank Mattner

## - Verwaltung

|                 |             |
|-----------------|-------------|
| Dieter Stillger | Dezernat IV |
| Petra Henkel    | Amt 40      |
| Joachim Becker  | Amt 40      |
| Ulf Coester     | Amt 40      |
| Andrea Reith    | Amt 40      |
| Haiko Manz      | Amt 40      |

## - Gäste

|                    |                         |
|--------------------|-------------------------|
| Herr Gerth         | Caritasverband Mainz    |
| Herr Fehr          | Caritasverband Mainz    |
| Herr Krämer-Mandau | Schulentwicklungsplaner |
| Frau Küper         | Schulleiterin BBS II    |

## - Schriftführung

Gabriele Fernekeß

## Entschuldigt fehlen

## - Mitglieder

Kondakji, Amin  
Stumpf, Heinz-Werner  
Trautwein, Karin  
Viering, Christian

## - Stimmberechtigte Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Thomas, Robin

## - Stimmberechtigte Mitglieder der Institutionen

Mattner, Frank  
Pufal-Muth, Annabel

## Tagesordnung

### a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 3 bis 6
2. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 17.06.2015

### b) öffentlich

3. Projekt "Job-Coach" Mainz
4. Berichterstattung Schulentwicklungsplanung
5. Schulspezifische Angebote der Kinder- und Jugendarbeit an der Dr.-Martin-Luther-King Grundschule durch die Arbeiterwohlfahrt (AWO)
6. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16:30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Schulträgerausschusses Mainz/Landkreis Mainz-Bingen vom 22.04.2015 wurde am 07.09.2015 an die Mitglieder versandt. Die Kenntnisnahme der Niederschrift wird in der Sitzung am 11.11.2015 erfolgen.

Als neues Mitglied wird zukünftig Herr Heinz-Werner Stumpf, Stadtratsmitglied der Mainzer Bürgerfraktion, im Schulträgerausschuss vertreten sein.

Für die Elternschaft der Förderschulen ist Frau Ingrid Braun ausgeschieden. Die Nachfolge wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Schulträgerausschusses verpflichtet.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## **öffentlich**

### **Punkt 3**      **Projekt "Job-Coach" Mainz**

H. Fehr vom Caritasverband Mainz e.V. stellt das Projekt „Job-Coach“ Mainz vor, das seit Jahresbeginn im Haus der Jugend (Job-Bistro) angesiedelt ist. Finanziert wird es über Mittel der Stadt Mainz und des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie. Träger der Maßnahme ist der Caritasverband Mainz e.V. (Beratungs- und Jugendhilfezentrum St. Nikolaus).

Erreicht werden sollen Jugendliche und junge Erwachsene aus Mainz bis 27 Jahre, die den Einstieg in den Beruf nicht schaffen und die durch die bestehenden Maßnahmen nicht erreicht werden. Sie dürfen sich nicht in Maßnahmen oder Beschäftigungsverhältnissen befinden und sind in besonderer Weise sozial benachteiligt.

Es gibt mehrere Zugangswege zum Projekt Job-Coach. Zum einen über die Jugendberufsagentur (Jobcenter, Agentur für Arbeit, Stadt Mainz) oder die Jugendgerichtshilfe, wo straffällig gewordene Jugendliche verpflichtend Beratungstermine bei Job-Coach wahrnehmen müssen, zum anderen über Schulen und Jugendzentren. Beratungsstellen und die Mund-zu-Mund Propaganda ergänzen das Angebot.

Ziel ist es, die Lebenssituation des Jugendlichen zu stabilisieren durch Sicherung des Lebensunterhaltes, Stabilisierung der persönlichen Lebenssituation durch individuelle Zielvereinbarungen für jeden einzelnen Jugendlichen und Integration in Ausbildung und Beruf.

Die Umsetzung erfolgt durch ausführliche Erstgespräche, um die möglichen Ressourcen ( Familie, persönliche Netzwerke), Kompetenzen und Schwierigkeiten zu erfassen. Dabei werden die persönlichen Unterlagen (Zeugnisse, Bewerbungen etc.) gesichtet. Es werden konkrete und realistische Ziele gemeinsam mit dem Jugendlichen vereinbart, die aufeinander aufbauen und deren Erreichbarkeit überprüft und gegebenenfalls korrigiert wird.

Das sogenannte Case-Management d.h. organisieren, koordinieren und kontrollieren der notwendigen Hilfen unterstützt die Umsetzung. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit den Fachdiensten, Vereinen, Betrieben, Jugendgerichtshilfe, etc.

Auch der Schulträgerausschuss ist ein wichtiger Partner, da die Mitarbeiter des Projektes Job-Coach über die Schulen von betroffenen Schülern erfahren können.

Der Schüler durchläuft im Case-Management einen langjährigen Prozess (Minimum ein halbes Jahr). Über ein Erfolgskonzept kann noch keine Aussage getroffen werden, da eine entsprechende Statistik erst im Januar 2015 gestartet wurde. Aktuell gibt es 53 Fälle, wobei viele Jugendliche mit Migrationshintergrund vertreten sind oder aus der Hauptschule kommen. Ein Jugendlicher wurde bereits in eine berufsbildende Maßnahme integriert.

Die geschlechtsspezifische Verteilung lässt sich mit 60 zu 40 beziffern, bei einem Überhang an männlichen Jugendlichen.

H. Fehr führt aus, dass die Mitarbeiter frei in der Zeiteinteilung für die Jugendlichen sind. Bei einer Vollzeitstelle ist eine Stunde pro Woche vorgesehen aber auch 3 -4 Stunden sind bei Bedarf möglich.

Auftraggeber für das Projekt Job-Coach sind die Jugendlichen selbst, die Jugendgerichtshilfe, Job-Center , Eltern, Jugendzentren etc.

Es ist kein formeller Antrag notwendig. Das Angebot ist für Jugendliche, wohnhaft in Mainz von 15 bis 27 Jahren offen. Ab Oktober wird auch ein entsprechendes Projekt im Landkreis gestartet.

#### **Punkt 4**            **Berichterstattung** **hier: Auswirkungen des aktuellen Schulentwicklungsplanes**

Auf die beigegefügte Präsentation des externen Schulentwicklungsplaners, Herrn Krämer-Mandau, wird verwiesen.

Herr Krämer-Mandau geht auch auf die Problematik der Gast Schüler ein, hier sollte gegengesteuert werden und die notwendigen Abstimmungsprozesse mit Schulleitungen und insbesondere mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion geführt werden.

In der Neustadt würden durch neue Wohngebiete die Schülerzahlen steigen, Herr Krämer-Mandau geht von 50 Kindern mehr aus. Seiner Ansicht nach würden die Grundschulen Feldbergschule und Goetheschule wachsen, Die Grundschule Leibnizschule bildet dieses Schuljahr mit 20 Kindern nur eine erste Klasse. Hier bestünde Handlungsbedarf.

Bei den Übergängen an die weiterführenden Schulen sei das Gymnasium weiterhin die Mehrheitsschule. Die Anmeldezahlen an den Gymnasien seien bereits jetzt sehr hoch, dabei würden sich die hohen Kinderzahlen aus den Grundschulen erst nach dem Prognosezeitraum bemerkbar machen. Bei den Realschulen plus stiegen nur die Zahlen der Anne-Frank-Realschule plus, die anderen Realschulen plus hätten Probleme, da die Schüleranmeldungen gegenüber

früher deutlich gesunken seien. Eine 4. Integrierte Gesamtschule oder Erweiterung bei den bestehenden Integrierten Gesamtschulen würde dem Elternwillen entsprechen, aber die Realschulen plus erheblich tangieren.

Angesichts sinkender Schülerzahlen im Landkreis sei eine Option, Kinder in den Landkreis zu „verschieben“.

Auf Nachfrage gibt Herr Krämer-Mandau die Auskunft, dass auch andere Ortsbereiche mit steigenden Zahlen zu rechnen hätten, bspw. Gonsenheim, der Süden von Mainz und die Altstadt.

Nach dem Vortrag von Herrn Krämer-Mandau wird in der nachfolgenden Diskussion der Mitgliederinnen und Mitglieder des Schulträgerausschusses betont, dass eine Erweiterung der Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien wohl nicht ausreiche und es wird für die Umwandlung einer Realschule plus in eine Integrierte Gesamtschule plädiert.

Andererseits wird darauf hingewiesen, die Realschulen plus nicht schlecht zu reden, da diese Schulen die „Hauptlast“ der Flüchtlingskinder tragen und dort die Sprachkurse durchgeführt würden.

Bezüglich der Flüchtlingskinder wird bestätigt, dass derzeit die Realschulen plus die Hauptlast tragen würden. Die Integrierten Gesamtschulen würden sich hier jedoch sicher auch engagieren, sind jedoch voll. Wenn hier mehr Plätze vorhanden wären, wäre auch an den Integrierten Gesamtschulen Platz für Flüchtlinge.

Es wird von Seiten der Schulverwaltung zugesagt, bei der Herbsthebung der Schülerzahlen auch Angaben zu Flüchtlingskindern an den einzelnen Schulen abzufragen und diese dann im nächsten Schulträgerausschuss vorzustellen.

**Punkt 5**                    **Schulspezifische Angebote der Kinder- und Jugendarbeit an der Dr.-Martin-Luther-King Grundschule durch die Arbeiterwohlfahrt (AWO)**  
**Vorlage: 1072/2015**

Der Schulträgerausschuss hat die Vorlage 1072/2015 zur Kenntnis genommen.

**Punkt 6**                    **Mitteilungen/Verschiedenes**

Der nächste Schulträgerausschuss tagt am 11. November 2015.

**Ende der Sitzung: 17:45 Uhr**

.....  
**Vorsitz**

**gez.**

**Kurt Merkator**

.....  
**Schriftführung**

**gez.**

**Gabriele Fernekeß**